

worden, nachdem am 27. Dezember ein amerikanischer F-16-Jagdbomber eine irakische MiG-25 abgeschossen hatte. Die irakische Maschine flog über jener Region, in der die von Saddam verfolgte Schiiten leben. Uno-Resolutionen zu deren Schutz und zur Sicherheit der im Norden wohnenden Kurden legten die Amerikaner – unterstützt von Briten, Franzosen und Russen – sehr großzügig aus: Sie erklärten die Gebiete südlich des 32. und nördlich des 36. Breitengrades zu Flugverbotszonen für Saddams Streitkräfte.

Als Saddam in der vergangenen Woche Luftabwehrraketen südlich des 32. Breitengrades stationierte, fühlten sich die alliierten Überwachungsflugzeuge bedroht. Es war nicht die erste Provokation des Bagdader Despoten. Seit seiner verheerenden Niederlage im Golfkrieg suchte Saddam immer wieder die westliche Allianz und George Bush als Papiertiger bloßzustellen.

So ließ er Uno-Teams drangsaliieren, die im Irak Massenvernichtungswaffen aufstöbern und für deren Zerstörung sorgen sollten. Die Iraker untersagten Uno-Inspektoren den Zugang zu verdächtigen Objekten und hielten sogar Kontrolleure als Geiseln fest. Am Freitag sperrten sie ihren Luftraum für Uno-Flugzeuge.

An der Grenze zur kurdischen Sicherheitszone im Norden marschieren immer wieder Bagdads Truppen auf und provozieren Scharmützel mit Peschmerga-Patrouillen. Im Kurdengebiet selbst stiften Saddams Agenten Unruhe, indem sie Lastwagen mit Lebensmitteln und ausländische Helfer angreifen. Vergangene Woche starb ein Australier bei einem Feuerüberfall. Die Hilfsorganisation Care stellte daraufhin ihre Arbeit vorläufig ein.

Trotz aller Warnungen schickte Saddam Eliteeinheiten zu Blitzoffensiven gegen die schiitische Bevölkerung im Süden. Daß ihm die Alliierten im August untersagten, Hubschrauber und Kampfflugzeuge einzusetzen, hielt den Diktator nicht von sporadischen Provokationen ab.

Die Schutzzone im Süden wurde nicht nur für die verfolgten Schiiten errichtet, sondern auch „um Saddams Truppen so weit wie möglich von den Grenzen zu Saudi-Arabien und Kuwait fernzuhalten“ (so syrische Militärstrategen). Die Raketen in dem Gebiet beunruhigten deshalb Iraks arabische Nachbarn genauso wie die Amerikaner.

Experten mochten unmittelbar vor Ablauf des Ultimatums nicht ausschließen, daß die Iraker so handeln wie gewöhnlich nach dem Desaster der Kuwait-Invasion: Saddam Hussein bremsen sein Katz-und-Maus-Spiel, wenn ihm ernsthaft Gegenschläge drohen.

Ukraine

## Code knacken

Der Welt drittgrößte Atom-macht zaudert mit der Abrüstung – aus Argwohn gegenüber dem russischen Nachbarn und aus Geldnot.

**M**an will uns mit ein paar Krümeln abspeisen, aber die Zeit arbeitet zu unseren Gunsten“, triumpierte Leonid Krawtschuk listig: „Warten wir ab.“

Der ukrainische Präsident redete in der Universität von Iwano-Frankowsk über den Verbleib der Ukraine in der GUS. Dieselbe Beschwerde und diesel-

Eigentumsrecht an den spaltbaren Materialien Uran und Plutonium aus den Gefechtsköpfen – um sie verschern zu können.

Schon zu Sowjetzeiten, am 16. Juli 1990, hatte sich die ukrainische Volksvertretung in ihrer Souveränitätserklärung zu drei „nichtnuklearen Prinzipien“ bekannt: die Atomwaffen „nicht anzuwenden, nicht zu produzieren und nicht zu verbreiten“.

Nach dem gescheiterten Moskauer August-Putsch bekräftigte die Ukraine 1991 ihr Bekenntnis zur Atomwaffenfreiheit und baldigen Abrüstung. Die scheinbare Lauterkeit des Musterkneben Ukraine wurde vom Westen mit der raschen internationalen Anerkennung des Landes nach dem Dezember-Volksentscheid 1991 belohnt.



Ukraine-Präsident Krawtschuk (r.): Atomwaffen gegen Dollar

be Hinhaltetaktik übt er gegenüber dem Westen – in Sachen Start-1-Abkommen, das die Ukraine zur atomaren Abrüstung verpflichtet: Der neue Staat besitzt aus Sowjetzeiten das drittgrößte A-Bomben-Potential der Erde und gibt es nicht her.

Dem Vertrag hatte Krawtschuk im vorigen Mai zugestimmt, vom Parlament wurde er aber noch nicht ratifiziert. Zunächst geht es ums Geld: Kiew argumentiert, die Abrüstungskosten, die es mit über 1,5 Milliarden beziffert, und zwar Dollar, könne das Land nicht verkraften. Im Devisenfonds stecken gerade noch 120 Millionen Dollar.

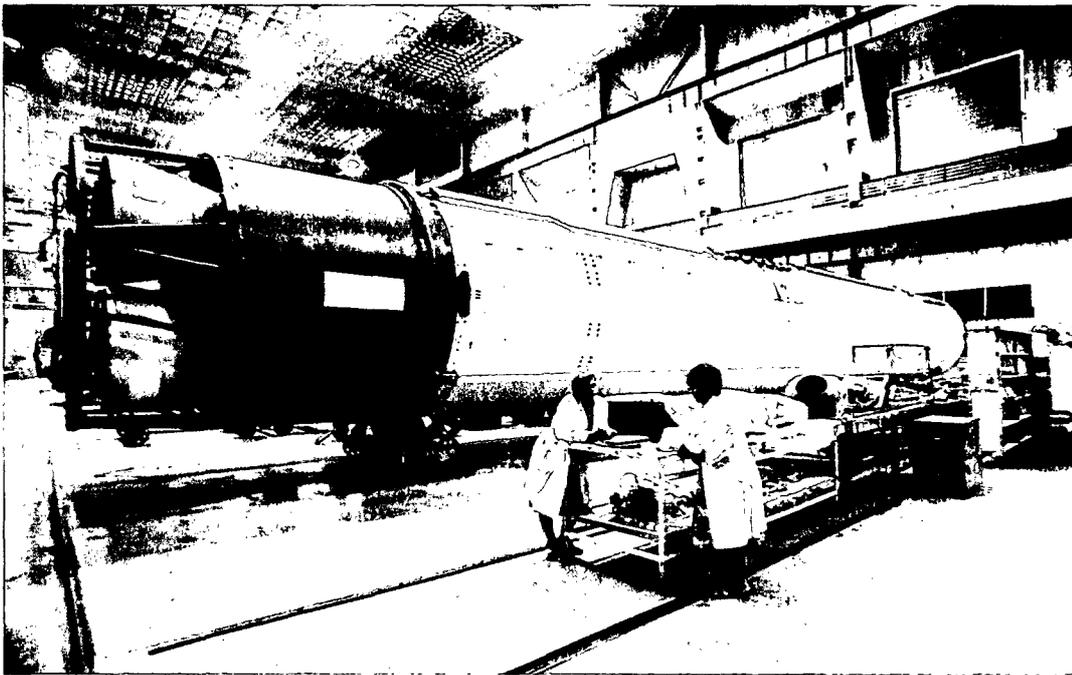
Obwohl die Kosten für den Abtransport oder das Verschrotten der Teufelswaffen in Landeswährung entstehen, verlangt Krawtschuk Devisen – dabei haben die USA bereits 175 Millionen Dollar angeboten. Und er beansprucht

Krawtschuk, damals zum ersten ukrainischen Präsidenten gewählt, übergab im Mai 1992 seinem US-Kollegen George Bush einen Brief, in dem sich die Ukraine verpflichtete, gemäß Start-Vertrag alle strategischen Atomwaffen binnen sieben Jahren zu eliminieren. „Die Ukraine wird ein Vorbild dafür sein, wie ein großer, nuklear gerüsteter Staat es fertigbringt, atomwaffenfrei zu werden“, versicherte Krawtschuk im SPIEGEL-Gespräch (6/1992). Alle taktischen Atomwaffen sind bereits abtransportiert, nach Rußland.

Auf dem Boden des Musterstaats, in Chmelnyzki und Perwomajsk, stehen aber immer noch 176 Interkontinentalraketen. 130 von ihnen sind die silagestützten SS-19 mit sechs einzeln lenkbaren Sprengköpfen, der Rest SS-24 mit zehn Sprengköpfen.

Das Antriebssystem für die SS-24 ist hausgemacht, gefertigt in Pawlograd. Das Werk gehört zum Konzern „Jusch-

\* Mit GUS-Militärchef Schaposchnikow.



Ukrainische Raketenfabrik „Juschmasch“: „Als Schutzschild behalten“

masch“, der auch die Trägersysteme der überschweren SS-18 produziert. „Juschmasch“-Direktor Leonid Kutschma übernahm vor einem Vierteljahr das Amt des Ministerpräsidenten der Ukraine.

Zudem verfügt die Ukraine über 40 strategische Bombenflugzeuge. Die modernsten vom Typ Tu-160 (Nato-Jargon: „Blackjack“) sind in Priluki stationiert. Im 60 Kilometer von Kiew entfernten Usin stehen die älteren Tu-95 („Bear“). Beide Typen können Marschflugkörper über weite Distanzen tragen – zum Beispiel nach Amerika. Doch die Jets stehen seit Wochen unbewegt auf dem Rollfeld. In Priluki und Usin mangelt es an Flugbenzin.

Herr über das Bombergeschwader von Usin ist Michail Baschkirow, ein legendärer Mann: Er war einer der ersten Kommandeure, der mit seiner Truppe den Eid auf die ukrainischen Streitkräfte ablegte.

Das GUS-Oberkommando, dem die Atomwaffen in der Ukraine bis heute unterstehen, reagierte auf Baschkirows Fahnenwechsel mit heftigem Mißfallen. Im vorigen März ließ es dem abtrünnigen Divisionskommandeur Baschkirow durch Boten seine Absetzung mitteilen. Baschkirow erklärte ungerührt, er sei vom ukrainischen Verteidigungsminister ernannt worden, folglich könne seine Absetzung nur die Regierung in Kiew und nicht das GUS-Oberkommando verfügen.

Auch auf den strategischen Raketenbasen schieben Posten Wache, die auf die Ukraine, die sie besoldet und versorgt, eingeschworen sind. Mit dieser „administrativen Kontrolle“, gibt

Krawtschuk vor, wolle er sicherstellen, daß die Atomraketen nicht ohne seine Zustimmung von Moskau aus gestartet werden können.

Die drei Koffer mit dem Atomcode stehen in Moskau. Krawtschuk hat nach eigenem Bekunden nicht die Hand am Knopf. Hochrangige russische Offiziere behaupten, binnen sechs Monaten könnten ukrainische Wissenschaftler den komplizierten Code knacken – dann besäße Kiew die Verfügungsgewalt über 1656 Gefechtsköpfe.

Einsatz gegen wen? „Moskau ist nicht zu trauen“, meint der ukrainische Abgeordnete Ihor Derkatsch, Mitglied der Sicherheitskommission des Parlaments: Der großrussische Chauvinismus stelle immer noch eine Bedrohung der staatlichen Unabhängigkeit dar. Da nutzt das Gleichgewicht des Schreckens.

Nach dem fehlgeschlagenen Coup in Moskau hatte Rußlands Präsident Boris Jelzin eine Korrektur der Grenzen seines Staates angekündigt. In der Ukraine stellen Russen ein Fünftel der Einwohner, für sie fühlt Moskau sich verantwortlich. Das russische Parlament fordert, den Krim-Hafen Sewastopol zur russischen Exklave zu erklären.

„Als Schutzschild müssen wir die Atomwaffen behalten“, sagt Derkatsch, dessen Meinung eine Gruppe von etwa 40 nationalistischen Parlamentariern teilt. Mögliche Gebietsforderungen Rußlands, der Hickhack um die Schwarzmeerflotte, der Streit um das Auslandsvermögen der ehemaligen Sowjetunion haben sich auf ukrainischer Seite zu einem Trauma verdichtet.

Auch Iwan Pljuschtsch, der Parlamentspräsident, hat es nicht eilig mit

der Ratifizierung des Start-1-Vertrages. Die Ukraine dürfe durch die Abrüstung nicht noch ärmer werden, als sie ohnehin schon sei, sagt er. Ende Februar werden sich die Abgeordneten erstmals mit dem Start-Vertrag befassen. Für eine Ratifizierung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Die Ukraine wünsche Sicherheitsgarantien von den USA, trug vorige Woche der Kiewer Vize-Außenminister Boris Tarasjuk in Washington vor – und das Dollar-Begehren: Die Ukraine sei nicht einmal willens, die Kosten für die US-Inspektionen, die sie laut Start-Vertrag bezahlen muß, selbst zu tragen.

Wird das Start-1-Abkommen nicht ratifiziert, fürchtet Tarasjuk schwerwiegende Folgen „bis zu einem Handelsembargo“. Das Start-2-Abkommen zwischen Rußland und den USA von Anfang Januar, das die Reduzierung beider Waffenarsenale auf ein Drittel des jetzigen Bestandes vorsieht, kann nur in Kraft treten, wenn Start-1 ratifiziert ist.

Das geschieht auch, versprach Krawtschuk per Telefon dem US-Präsidenten Bush. Nur wann das geschieht – das habe das Parlament zu bestimmen.

— Rußland —

## Ins kalte Wasser

Mit regulierten Preisen für Brot und Butter kehrt die neue Regierung zurück zur Kommandowirtschaft.

**D**er Mann, der Rußlands Kommunisten verjagt hatte, bedankte sich bei seinem Volk für ein „ungewöhnliches“ Maß an landeseigentümlicher Geduld: „Sie sind nicht denen gefolgt, die auf die Barrikaden lockten, zu Streiks aufriefen, nach dem Hinrichtungsteil verlangten“ – den Vertretern des alten Regimes.

Hungersnot, Energiemangel, Massenarbeitslosigkeit, Pogrome, Putsch und Volksaufstände – das schiere Chaos hatten heimische Bremser und auswärtige Beobachter den Russen für das Jahr 1992 prophezeit. „Diese Voraussagen haben sich nicht bewahrheitet, die Kata-